

Themen und Ergebnisse der Arbeitsgruppen

Häufige Probleme/Konflikte	Möglicher Umgang und Lösungsansätze
Unverständliche und falsche Bescheide	
Oldenburg: 2 – 3 Jahre Daten gesammelt. 50 % der vorgelegten Bescheide waren falsch.	
Hamburg: Ansprechpartner sind auf den Bescheiden nicht mehr ersichtlich – keine Nachfragemöglichkeit. Nebenkosten und Wasser werden trotz unterschiedlicher Abrechnungen zusammengefasst – nicht mehr nachvollziehbar.	Direkter Kontakt nach Fehlbescheid zum Sachbearbeiter.
Dortmund: Antrag auf freie Beförderung. Nach Androhung (Untätigkeit) folgte ein falscher Bescheid – Akteneinsicht wird nicht gewährt. Beratungspflicht wird nicht erfüllt.	
Heidelberg: Sohn wohnt im Haus der Mutter. Abgeschlossene Wohnung, trotzdem als Bedarfsgemeinschaft berechnet. Nach Widerspruch 1.200 € Nachzahlung. Problem: Termin zu bekommen. Bearbeitungsdauer verlängert sich spürbar nach Widerspruch.	
Bei Beantragung von Leistungen erhält man abschreckende Schreiben.	
Der Sprachgebrauch in den Amtsschreiben ist oft unhöflich.	
Unterlagen verschwinden bei den JC – dann wird ein OWi-Verfahren gegen die Betroffenen eingeleitet.	
Es gibt gravierende Unterschiede zwischen dem Jobcenter und der Options-Kommune	
Kosten der Unterkunft	
Kommunale Angemessenheitsgrenze ist zu niedrig bemessen → ein Teil der Wohnkosten wird aus dem Regelsatz finanziert	<p><i>Politische Forderungen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Orientierung der Angemessenheitsgrenzen an Angebotsmieten statt an Bestandsmieten • Kooperation mit Mietervereinen • Sozialer Wohnungsbau • Initiative im Kommunalparlament initiieren <p><i>Beratungspraxis/rechtliche Gegenwehr:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Argumentation über Zweifel am schlüssigen Konzept der Kommune: Zu der abstrakten Angemessenheitsgrenze sind konkret keine / nicht ausreichend Wohnungen verfügbar • Dokumentation der Bemühungen des Ratsuchenden bei der Wohnungssuche → Nachweis, dass Kostensenkung nicht möglich • Eilantrag an Sozialgericht: Übernahme tatsächliche Wohnkosten
Sofern Angemessenheitsgrenze aus dem Mietspiegel abgeleitet: Mietspiegel gibt Bestandsmieten wieder, Neuvermietungsmieten liegen oftmals darüber	
Mangel an kleinen Wohnungen vor Ort	

Deckelung der angemessenen Miete auf die letzte Miete vor einem (gewollten) Umzug	
Deckelung der Heizkosten	<p><i>Beratungspraxis/rechtliche Gegenwehr:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Argumentation über BSG-Rechtsprechung und rote Spalte Heizpiegel (als Angemessenheitsgrenze) • Argumentation über gestiegene Energiepreise (bei gleichbleibender/kaum gestiegener Energiemenge) • Hausbesuch anbieten/einfordern, wenn hohe Heizkosten dem baulichen Zustand der Wohnung geschuldet sind
Vermieter setzen Ansatz für Nebenkosten in der Miete zu niedrig an → Nachforderung → Probleme mit Jobcentern bezüglich Übernahme der Kosten	
Umzüge sollen in Eigenleistung vollzogen werden	
Hohe Mieten durch Modernisierung	
Betriebskostennachzahlungen dauern ewig	
Oldenburg: Günstiger Wohnraum ist Mangelware, ca. 5.000 Bewerber. Kein angemessener Wohnraum vorhanden, kein Entgegenkommen des JC. Nach rundem Tisch mit Politikern wurde die Anzahl der geförderten Wohnungen erhöht.	
Wittenberg: Schlüssiges Konzept falsch – Beschwerde beim LSG. Seit 2012 keine Bewegung, trotzdem hält JC am falschen Konzept fest. Aufforderung zur Suche nach angemessenem Wohnraum sehr unfreundlich.	
Kassel: Mietbescheinigungen werden trotz Urteil immer wieder verlangt. Umzug in billigere Wohnungen hat oft höhere Energiekosten zur Folge. Dies wird bei den JC nicht berücksichtigt.	

Anrechnung von Einkommen	
Bei selbständiger Tätigkeit: Einnahmen werden zu hoch angesetzt / fiktive Anrechnung von Einkommen	<i>Beratungspraxis/rechtliche Gegenwehr:</i> <ul style="list-style-type: none"> • Argumentation: Nur gesicherte Einnahmen, vorläufige Bescheide
Rückzahlungen (Guthaben) Betriebs- oder Heizkosten, wenn diese teils aus dem Regelsatz finanziert wurden	<i>Beratungspraxis/rechtliche Gegenwehr:</i> <ul style="list-style-type: none"> • Anteilige Aufteilung des Verhältnisses übernommene KdU / selbstfinanziert aus Regelsatz → keine vollständige Anrechnung
Aufteilung einmalige Einnahme auf sechs Monate → ggf. Wegfall Hilfebedürftigkeit	<i>Beratungspraxis/rechtliche Gegenwehr:</i> <ul style="list-style-type: none"> • Kosten Krankenversicherung berücksichtigen; • Bei vorzeitigem Verbrauch: Argumentation über BSG-Urteil (Leistungsanspruch als Zuschuss) vom
Probleme bei Erbschaften von Grundstücken	
Zu hoher Betrag wurde zugestanden trotz mehrfachen Hinweis des Leistungsberechtigten. Folge: Hohe Rückforderung.	
Falsche Berechnung von fiktivem Einkommen > am Ende nicht mehr nachvollziehbar.	

Von vielen TeilnehmerInnen wurde die Erbenhaftung als Problem angesprochen. Diese wird zunehmend von den JC ausgeübt.

Forderungen einer Arbeitsgruppe:

- Bessere Qualifizierung der JC-MitarbeiterInnen
- Strukturreform der JC
- Wegfall der Befristungen
- Verkürzte Bearbeitungszeiten z.B. von Widersprüchen 14 Tage ?
- Streichung der Zielvorgaben
- Zugang zu den Sachbearbeitern ermöglichen (Telefon)